

Neujahrsvorsätze

11 Forderungen an die Schweizer Aussenpolitik

Résolutions pour la nouvelle année

11 souhaits pour la politique extérieure suisse

Vorwort/Préface

2020: Beginn der goldenen 20er Jahre? Auch wenn wir offiziell das neue Jahrzehnt erst nächstes Silvester feiern, so hat die Zwei in der Jahreszahl 2020 Bedeutung: Sie erinnert unter anderem an die 20er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Das wilde Jahrzehnt 100 Jahre zuvor endete in einer enormen Krise. Steht uns ähnliches bevor? Wohin treibt die Weltpolitik in der kommenden Dekade? Unsere 11 Programme haben sich überlegt, welche aussenpolitischen Herausforderungen sich in ihrem Themenbereich im neuen Jahr stellen und welche Lösungsansätze möglich wären. Pessimismus generiert keinen Mehrwert, es braucht frisches Denken und politischer Einfallsreichtum für ein rosiges 2020. Wir arbeiten daran. Auf eine Zukunft, die wir gemeinsam prägen und erleben wollen.

2020, vers un retour des années folles ? Officiellement la nouvelle décennie ne débutera qu'à la veille du prochain Nouvel An. Pourtant, les deux 2020 sont significatifs : ils nous rappellent, entre autres, les années 1920. Mais est-ce que nos prochaines années ressembleront aux années 1920 qui se terminent par une énorme crise ? Serons-nous confronté·e·s à quelque chose de similaire ? Où donc va nous mener la politique mondiale au cours de la prochaine décennie ? Nos 11 programmes thématiques ont examiné les défis de politique étrangère auxquels ils seront confrontés au cours de l'année à venir ainsi que les solutions envisageables. En effet, le pessimisme ne mène à rien. Ce dont nous avons besoin, ce sont des idées innovantes et des réflexions politiques pertinentes ; nous y travaillons. A un avenir que nous voulons façonner et vivre ensemble !

- **Darja Schildknecht**, Head of Communications
- **Wailea Zülch**, Engagement Manager

Inhalt

1	Asien	2
2	Diplomatie & internationale Akteure	4
3	Droit international	6
4	Entwicklungspolitik	8
5	Europe	10
6	Finanzplatz	12
7	Frieden & Sicherheit	14
8	Genre	16
9	Migration	18
10	Science & Tech	20
11	Umwelt, Energie & Verkehr	22

1. Asien

Stephanie Escher

Markus Hermann

Sebastian Niessen

Im Vorfeld eines Freihandelsabkommens soll nicht nur die Wirkung auf die Schweizer Wirtschaft, sondern auch die (positive wie negative) Wirkung auf das Erreichen der SDGs im Partnerland untersucht werden.

Die Schweiz hat bisher sieben Freihandelsabkommen mit asiatischen Staaten abgeschlossen, vier weitere werden derzeit verhandelt (darunter mit Malaysia, welches aufgrund der Palmölthematik kontrovers diskutiert wird). Der Handel der Schweiz mit Asien wird also an Bedeutung zunehmen. Parallel dazu bemüht sich die Schweiz darum, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UNO, die Sustainable Development Goals (SDGs), zu erreichen. Studien zeigen jedoch, dass bei internationalen Wertschöpfungsketten negative Nebeneffekte entstehen können, insbesondere im Umweltbereich, und diese oft in andere Länder «ausgelagert» werden (sogenannte Spillovers). Die Schweiz ist mit einer vom Aussenhandel überdurchschnittlich

abhängigen Wirtschaft ein Verursacher solcher Spillovers, auch was den Handel mit Asien angeht. So verursacht Schweizer Konsum laut dem Sustainable Development Solutions Network beispielsweise Treibhausgasemissionen in China. Gleichzeitig besteht durch die wachsende Bedeutung des Handels mit Asien dort vermehrter Gestaltungsspielraum. Wir schlagen daher gerade mit Blick auf Asien vor, dass im Vorfeld eines Freihandelsabkommens nicht nur die Wirkung auf die Schweizer Wirtschaft, sondern auch die (positive wie negative) Wirkung auf das Erreichen der SDGs im Partnerland untersucht wird und bei negativen Effekten entsprechende präventive Massnahmen im Vertragstext festgelegt werden. Ähnliche Untersuchungen werden von der Europäischen Union bereits durchgeführt (welche aktuell ebenfalls mit Malaysia verhandelt). Das Prüfen von Spillovers ist grundlegend, um für die Herausforderungen wirtschaftlicher Globalisierung faktenbasierte Lösungen zu finden und Kontroversen zu entschärfen. ●

2. Diplomatie & internationale Akteure

Anna Greipl

Seraina Petersen

Marie-Luise Walther

Wir möchten im 2020 die Debatte zur Zukunft des Multilateralismus anstossen – und konkrete Policy Vorschläge zur Zukunft der internationalen Ordnung entwickeln.

100 Jahre nach der Gründung des Völkerbundes scheint der Multilateralismus in der Krise. Nationalismus und Populismus erschweren die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen. Den Institutionen wird zudem oft Missmanagement und Ressourcenverschwendung vorgeworfen. Die Zukunft des Multilateralismus ist für die Schweiz relevant. Mit 33 internationalen Institutionen und 174 Staatsvertretungen ist Genf ein wichtiges Zentrum, um globale Herausforderungen zu lösen. Doch die Schweiz ist nicht nur Gastgeberland: Sie bringt sich aktiv in multilaterale Institutionen ein.

Wie soll es mit dem Multilateralismus weitergehen? Die Schweiz muss die Beziehungen zu ihren regionalen und globalen Partnern

ausbauen – sei es durch die Zusammenarbeit mit staatlichen oder nicht-staatlichen Akteuren. Das internationale Genf bietet die ideale Plattform für einen Multi-Stakeholder Ansatz. Bringen wir uns in die Diskussionen ein. Internationale Organisationen müssen Ressourcen effektiv und effizient einsetzen. Die Schweiz kann mit ihren Erfahrungen, ihren Fachkräften und ihrem Know-How dazu beitragen. Stellen wir sicher, dass internationale Organisationen ihr Mandat erfüllen. In der Vergangenheit hat die Schweiz bereits Reformdiskussionen und Überprüfungsprozesse der UNO mitgeprägt. Verbessern wir die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen und tragen als Brückenbauerin zu Frieden und Sicherheit bei.

Das multilaterale System wird fragmentierter, komplexer und immer mehr in Frage gestellt. Als Programm Diplomatie und internationale Akteure möchten wir 2020 die Debatte zur Zukunft des Multilateralismus anstossen – und konkrete Policy Vorschläge zur Zukunft der internationalen Ordnung entwickeln. ●

3. Droit international

Kevin Karlen

Matthias Rast

Nous souhaitons que tous les États s'élèvent contre les violations du droit international, quelles qu'elles soient et quel que soit l'acteur qui les commet.

Au cours des dernières années une détérioration de l'ordre fondé sur le droit international se manifeste au sein de la communauté internationale. Nous voyons aujourd'hui des États découper des morceaux de l'édifice du droit international qu'ils avaient soigneusement élaboré pendant tant de décennies. Une grande majorité des États reste muette face à des violations présumées du droit international. Si cela a toujours été le cas dans une certaine mesure, actuellement, presque aucun État ne semble se dresser contre ces violations. En outre, des décideur·euse·s politiques discréditent ouvertement le multilatéralisme et sapent encore davantage l'ordre établi qui met tous les États sur un pied d'égalité. Dans ce contexte, il est important

de comprendre que la politique du plus fort, les « guerres commerciales », les sanctions unilatérales, les menaces d'utilisation de la force, l'utilisation non autorisée de la force contre un autre État ou encore les blocages des forums multilatéraux n'affectent pas tous les membres de la communauté internationale de la même manière. À long terme, ce sont les petits États qui ont le plus à perdre dans ce jeu dangereux.

Nous souhaitons que tous les États s'élèvent contre les violations du droit international, quelles qu'elles soient et quel que soit l'acteur qui les commet. ●

4. Entwicklungspolitik

Fabian Käser

Fabian Ottiger

Für eine kohärente Entwicklungspolitik der Schweiz müssen alle politischen Entscheide ex-ante und ex-poste auf ihre Wirkung in der Schweiz und im Ausland in Bezug auf nachhaltige Entwicklung geprüft werden.

Nicht nur die Entwicklungspolitik, sondern die gesamte Schweizer Politik sollte konsequent auf das Erreichen der in der Agenda 2030 festgehaltenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ausgerichtet werden.

Das bedeutet, dass die gesamte Schweizer Politik, die Entwicklungspolitik der Schweiz unterstützen, und nicht unterminieren soll. Konkret ist zu hoffen, dass es dem neu geschaffenen interdepartementalen Direktionskomitee des Bundes endlich gelingt, die Zusammenarbeit zwischen den Departementen zum Erreichen der SDGs zu verbessern und effizienter zu gestalten. Gleichzeitig dürfen weder die Anstrengungen zum Erreichen der SDGs im Inland, noch

die globalen Auswirkungen der Schweizer Politik, die Möglichkeiten andere Länder zum Erreichen der oben angesprochenen SDGs mindern. Deshalb müssen die momentan hohen negativen sozio-ökonomischen und ökologischen Spillover-Effekte der Schweiz minimiert werden. So muss sich die Schweiz für *good governance* in den internationalen Versorgungsketten einsetzen und sicherstellen, dass global tätige Firmen mit Sitz in der Schweiz für ihr Tun mehr Verantwortung im Sinne eines *responsible business conducts* übernehmen.

Für eine kohärente Entwicklungspolitik der Schweiz müssen alle politischen Entscheide ex-ante und ex-poste auf ihre Wirkung in der Schweiz und im Ausland in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung geprüft werden. Dies beinhaltet die Prüfung von Auswirkungen auf die Einhaltung der Menschenrechte, Umweltschutz und einer ganzheitlichen nachhaltigen Entwicklung, wie sie mit der Agenda 2030 beschrieben wird. Nur dadurch kann eine sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige Entwicklung in der Schweiz und im Ausland gefördert werden. Das Programm Entwicklungspolitik wird 2020 durch eine Veranstaltungsreihe, die sich von St. Gallen bis nach Genf ziehen soll, zu einer ebensolchen nachhaltigen Entwicklung beitragen. Diese soll einerseits dazu beitragen, die breite Schweizer Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren, ihr helfen, sich eine Meinung für kommende Abstimmungen zu bilden und nicht zuletzt auch in konkreten Outputs resultieren, die direkt an die Politik gerichtet werden. ●

5. Europe

Darius Farman

Franziska Vogel

Vanessa Wild

En 2020, nous mettrons au défi les politicien·ne·s et la société civile en leur amenant des idées innovantes afin de promouvoir l'action active dans la politique européenne.

Face à l'instabilité de la situation politique mondiale, les valeurs communes de la Suisse avec ses voisins européens relèvent d'une importance capitale. Bien que les relations personnelles, culturelles, économiques et politiques avec nos voisins européens sont très étroites, elles sont désormais en péril. En effet, en 2020, l'initiative de limitation lancée par l'UDC, plus communément connue sous le nom d' « Initiative pour une immigration modérée », mettra une fois de plus ces relations à rude épreuve. L'acceptation de l'initiative pourrait provoquer une fin brutale de la voie bilatérale actuelle. Pour lutter contre cette initiative, une large alliance comprenant des politicien·ne·s, des entreprises ainsi que la société civile s'est formée.

Le programme Europe vise à stimuler le débat sur l'avenir de notre relation avec l'Europe.

En 2019, le dossier concernant l'accord-cadre institutionnel est resté gelé et il est désormais nécessaire, de la part de tous les acteur·rice·s, d'agir activement afin de trouver des solutions à ce blocus. La recherche, la bourse, le domaine médical et de l'électricité ainsi que bien d'autres domaines, ressentent déjà les graves conséquences de cette situation. Alors que l'accord-cadre permettrait de consolider la voie bilatérale mais également de la développer davantage, la place de la Suisse en Europe n'est pas encore clarifiée.

Il y a un an, le foraus a permis d'ouvrir une discussion sur la stratégie politique européenne de la Suisse. Cette discussion relève aujourd'hui d'une urgence et d'une importance capitale. Désormais, il reste à espérer que le parlement récemment élu présentera enfin de nouvelles perspectives d'avenir à ce sujet. En ce qui nous concerne, le programme Europe continuera à stimuler cette discussion. En 2020, nous mettrons au défi les politicien·ne·s et la société civile en leur amenant des idées innovantes afin de promouvoir une action active dans la politique européenne. ●

6. Finanzplatz

Nihat Cingöz

Andrea Weber

Das Programm Finanzplatz wird im Jahr 2020 in Zusammenarbeit mit dem foraus-Projekt Sustainable FinTech eine Publikation veröffentlichen, um mögliche Hebel zu identifizieren, wie der Finanzplatz zur Erreichung der SDGs beitragen könnte.

Wir wünschen uns eine klare und ambitionierte Strategie, wie der Schweizer Finanzplatz die Umsetzung der UNO-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) unterstützen kann.

Der Finanzsektor wird u.a. im Pariser Abkommen als zentraler Akteur genannt, um den Klimawandel zu vermindern und Schutzmassnahmen zu treffen. Wie der Bundesrat kürzlich erneut betont hat, liegt es im Interesse der Schweiz, einen nachhaltigen Finanzplatz zu haben. Er will dazu die Rahmenbedingungen schaffen, die es dem Finanzplatz erlauben, im Bereich nachhaltiger Finanzen wettbewerbsfähig zu sein. Dazu hat er eine Arbeitsgruppe ins Leben

gerufen, die allfälligen regulatorischen Handlungsbedarf ermitteln soll. Konkret sollen folgende Punkte unter dem Aspekt der Klima- und Umweltrisiken beziehungsweise deren Auswirkungen vertieft werden:

1. Pflicht zur systematischen Offenlegung von relevanten und vergleichbaren Informationen für Kunden, Eigner und Investoren;
2. Stärkung der Rechtssicherheit im Zusammenhang mit den Sorgfaltspflichten;
3. Berücksichtigung der Klima- und Umweltrisiken beziehungsweise deren Auswirkungen in allen Fragen, welche die Finanzmarktstabilität betreffen. Diese Entwicklung ist lobenswert. Allerdings sollte dabei nicht vergessen werden, dass sich Nachhaltigkeit nicht nur auf die Eindämmung des Klimawandels bezieht. Die Schweiz hat ebenfalls die 17 UNO-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Agenda 2030 ratifiziert. Auch dort wird dem Finanzsektor eine wichtige Rolle als Katalysator zugeschrieben.

Das Programm Finanzplatz wird im Jahr 2020 in Zusammenarbeit mit dem Projekt Sustainable FinTech von foraus eine Publikation veröffentlichen, um mögliche Hebel zu identifizieren, wie der Finanzplatz zur Erreichung der SDGs beitragen könnte. ●

7. Frieden & Sicherheit

Julia Hofstetter

Benno Zogg

Frauen spielen eine wichtige Rolle für Frieden und Sicherheit: in Friedensprozessen, bei der Konfliktprävention und beim Wiederaufbau nach Konflikten.

Drei Vorschläge für eine glaubwürdige «Women, Peace & Security»-Agenda»

Frauen spielen eine wichtige Rolle für Frieden und Sicherheit: in Friedensprozessen, bei der Konfliktprävention und beim Wiederaufbau nach Konflikten. Es ist international beschlossen, dass diese Rolle gestärkt werden soll: 2020 feiert die Agenda «Women, Peace & Security» (WPS) der UNO-Resolution 1325 ihr 20. Jubiläum. Die Schweiz hat basierend auf der Resolution bereits vier Nationale Aktionspläne verabschiedet und übernimmt 2021 den Co-Vorsitz des «WPS Focal Points»-Netzwerks der UNO.

Doch kann die Schweiz hier wirklich mit gutem Beispiel vorangehen? Als Neujahrsvorsätze sollen unsere drei Vorschläge helfen, dass die Schweiz als glaubwürdiger Vertreter der globalen WPS-Agenda auftreten kann.

- 1) Die Schweiz könnte eine «Women, Peace & Security»-Botschafterin nach kanadischem Vorbild ernennen, um das Thema im öffentlichen Bewusstsein zu stärken, aber auch departementsübergreifend eine kohärente WPS-Strategie zu gewährleisten.
- 2) Die Schweiz sollte bei der Geschlechtergleichstellung in der Sicherheits- und Friedenspolitik weiter voranschreiten. Ein angemessener Frauenanteil in Verwaltung oder Friedensmissionen ist ein erster Ansatz. Gleichberechtigte Sicherheitsaussenpolitik und effektive Frauenförderung erfordern darüber hinaus aber einen Wandel diskriminierender Normen, Strukturen und Organisationskulturen.
- 3) Die Schweiz sollte eine feministische Sicherheitsaussenpolitik verfolgen. Dieser Sicherheitsansatz, wie in der schwedischen Aussenpolitik definiert, fokussiert auf menschliche Sicherheit und die Förderung von Prävention durch Abrüstung, Rüstungskontrolle und Waffenexportkontrolle. Um eine glaubwürdige feministische Sicherheitsaussenpolitik zu betreiben, kann eine solche Schwerpunktsetzung nicht bloss punktuell umgesetzt werden, sondern muss in allen Sicherheitsaussenpolitischen Bereichen implementiert werden. ●

8. Genre

Niniane Paeffgen

Sophie von Wartburg

La Suisse devrait à nouveau intensifier ses efforts et ancrer plus largement l'égalité entre hommes et femmes sur le plan institutionnel et financier dans sa politique extérieure.

En 2019, les femmes en Suisse auront fait l'histoire : des centaines de milliers de personnes sont descendues dans la rue pendant la grève des femmes du 14 juin pour plus d'égalité. Les femmes ont également réclamé plus de pouvoir politique lors des élections fédérales. Plus de femmes que jamais se sont portées candidates – avec succès. La proportion de femmes au Conseil national est passée de 32 % à 42 % ; quant au Conseil des États, elle est maintenant de 26 %.

Ce mouvement devrait également se refléter dans la politique étrangère suisse : nous voulons une politique étrangère plus féministe, qui adopte stratégiquement une perspective de genre dans tous les

domaines de la politique et qui cherche spécifiquement à renforcer les droits des femmes. En outre, il s'agit également d'envisager une représentation égale des femmes dans le cadre diplomatique, les négociations d'accords internationaux ou dans les organes de politique de sécurité.

Pour la communauté internationale, 2020 est une année anniversaire importante en termes d'égalité des sexes (Beijing 25+, résolution 1325 du Conseil de sécurité des Nations Unies, SDG 5). Dans cet esprit, la Suisse devrait à nouveau intensifier ses efforts et ancrer plus largement l'égalité entre hommes et femmes sur le plan institutionnel et financier dans sa politique extérieure. ●

9. Migration

Younès Ahouga

Andrina Frey

Vania Nzeyimana

La Suisse devrait s'efforcer de mener une discussion honnête et fondée sur les faits de manière à éclairer la question migratoire sous tous ses angles.

La politique migratoire devrait faire l'objet de débats renouvelés au cours de cette année qui s'ouvre. La Suisse devrait s'efforcer de mener une discussion honnête et fondée sur les faits de manière à éclairer la question migratoire sous tous ses angles. Les convictions dépassées doivent céder la place à des idées nouvelles et les défis doivent être abordés sans a priori. Le débat lors du référendum sur la libre circulation des personnes devrait refléter de manière transparente les conséquences des exigences de l'initiative afin de garantir une prise de décision démocratique réfléchie. En effet, un tel débat crucial ne devrait surtout pas perdre de vue que l'interdépendance

régionale et mondiale de la Suisse constitue une pierre angulaire de notre prospérité, de notre force d'innovation, de notre sécurité et de notre richesse culturelle.

Sur le plan international, nous espérons que la Suisse s'engagera en faveur du Pacte mondial pour des migrations sûres, ordonnées et régulières et qu'elle ne restera plus à l'écart de la coopération mondiale en matière de migration. Le débat demandé par le Parlement devrait avoir lieu rapidement et avec l'objectivité nécessaire. La nouvelle configuration du Parlement composé de membres plus jeunes, plus féminins et plus soucieux du développement durable offre de bonnes conditions pour cela. ●

10. Science & Tech

Alina Begley

Pascal Oberholzer

Wir wünschen uns von der Schweizer Politik weiterhin mehr wissenschaftlich fundierte Entscheidungen anstatt Parteiprogramme und Partikularinteressen.

Sei es der Klimawandel, Impfungen, neue Mobilfunkstandards oder künstliche Intelligenz – der Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft durchlebt eine Krise. Auch in der Wissenschaft herrscht keine Einstimmigkeit, dennoch lässt die fehlende Akzeptanz breiter Kreise der Gesellschaft gegenüber dem, was als wissenschaftlicher Konsens gilt, aufhorchen.

Einerseits sehen viele Leute in gewissen Technologien bzw. in der Klimadebatte eine grundsätzliche Gefahr für ihre Gesundheit, ihre berufliche Existenz oder ihre Lebensweise. Andererseits wird durch die Stigmatisierung der kritischen Minderheiten deren

Misstrauen in Wissenschaft und Institutionen – ob begründet oder nicht – weiter zementiert. Die Wissenschaft allein kann diese Spaltung der Gesellschaft auch mit verstärkter Kommunikation nicht abwenden.

Klar wünschen wir uns von der Schweizer Politik weiterhin mehr wissenschaftlich fundierte Entscheidungen anstatt Parteiprogramme und Partikularinteressen. Auch soll die Bedeutung der Forschung und insbesondere deren internationale Vernetzung für die Schweiz verstärkt in Diskussion um das Verhältnis mit der EU einfließen. Doch um die Polarisierung der Gesellschaft zu bremsen, bedarf es auch einer verbesserten Debattenkultur in der Politik. Anstatt Kritik von vornherein abzutun, braucht es unvoreingenommenen Austausch mit – und den aktiven Einbezug von – skeptischen Bevölkerungsgruppen. Nur durch glaubhaftes Engagement kann die Politik verlorenes Vertrauen zurückgewinnen und den Fortschrittsglauben stärken, welchem die Schweiz ihre Innovationskraft und ihren Wohlstand verdankt. ●

11. Umwelt, Energie & Verkehr

Oskar Jönsson

Sabrina Nick

Die Biodiversitätskonferenz findet im Herbst 2020 in Kunming (China) statt. Um der Schweizer Position das nötige Gewicht zu verleihen, fordern wir eine Teilnahme der Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga in Kunming.

Die UNO Dekade der Biodiversität geht zu Ende, ohne dass die Bevölkerung gross etwas davon mitbekommen haben dürfte. Gleichzeitig hat sich der Zustand der Biodiversität in dieser Zeit noch einmal drastisch verschlechtert.¹ Immerhin gibt es im Jahr 2020 noch einmal eine Chance: Ende Jahr soll in Kunming (China) die neue internationale Strategie für die Biodiversität verabschiedet werden. Deshalb lautet unser Vorsatz: Mehr Aufmerksamkeit für die Biodiversität!

¹ IPBES. 2019. Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Brondizio, E. S., Settele, J., Díaz, S., and Ngo H. T. (editors). IPBES Secretariat, Bonn, Germany.

Um diese Aufmerksamkeit zu ermöglichen, müssen beispielsweise besser messbare und verständliche Ziele entwickelt werden. Am besten würde dies unter Einbezug der Zivilgesellschaft, Wirtschaft sowie der Bevölkerung geschehen, denn diese Akteure müssen die Ziele schliesslich anwenden bzw. absegnen. Wie wichtig solche Ziele für ihre Erreichung sind, wird beispielhaft im Bereich des Klimas aufgezeigt, wo immer mehr Wirtschafts- und Investitionsentscheide entsprechend ausgerichtet werden. Die Diskussion über die Ziele würde die Bevölkerung sensibilisieren und eine Diskussion über Lösungsansätze ermöglichen, wie sie auch schon von foraus publiziert wurden.² Zudem würde damit auch sichergestellt, dass das neue internationale Rahmenwerk schneller auf der nationalen Ebene umgesetzt werden kann, als dies bei den Aichi-Zielen der Fall war.

Die Biodiversitätskonferenz findet im Herbst 2020 statt. Um der Schweizer Position das nötige Gewicht zu verleihen, fordern wir eine Teilnahme der Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga in Kunming. Vielleicht wird dem Thema dann auch die mediale Aufmerksamkeit zuteil, die es verdient hätte. ●

2 Jönsson, O., Stünzi, A. (Eds). (2019). Grassroots ideas for biodiversity. Policy Recipes. Zurich: foraus - Forum Aussenpolitik.

Disclaimer

Die vorliegende Publikation gibt die persönliche Meinung der ProgrammleiterInnen wieder und entspricht nicht zwingend derjenigen des Vereins foraus.

www.foraus.ch

Zürich | foraus – Forum Aussenpolitik | Badenerstrasse 431 | 8003 Zürich
office@foraus.ch | +41 44 501 68 65

Genève | foraus – Forum de politique étrangère | c/o Organisation
Météorologique Mondiale CP N°2300 | 7bis Avenue de la Paix | CH-1211 Genève
bureau_romandie@foraus.ch | +41 22 273 86 16

IBAN: CH06 0900 0000 6017 6892 9

Bei foraus aktiv werden

Eine Mitgliedschaft in unserem einzigartigen Netzwerk und ein ehrenamtliches Engagement bei foraus stehen jeder und jedem offen. Wir bieten dir Zugang zu einem hochkarätigen Netzwerk, spannenden Persönlichkeiten der Schweizer. ●

als Mitglied

Eine Mitgliedschaft in unserem einzigartigen Netzwerk und ein ehrenamtliches Engagement bei foraus stehen jeder und jedem offen. Wir bieten dir Zugang zu einem hochkarätigen Netzwerk, spannenden Persönlichkeiten der Schweizer Aussenpolitik und der Möglichkeit, dein wissenschaftliches Know-How in die öffentliche Debatte zu tragen.

als AutorIn

foraus ermöglicht es dir, Herausforderungen der Schweizer Aussenpolitik konkret anzupacken und bietet dir eine Plattform dafür, deine innovativen Ideen für die Schweizer Aussenpolitik im Rahmen eines Diskussionspapiers oder einer Kurzanalyse zu publizieren.

als GönnerIn

Unser Gönnerverein «Cercle des Donateurs» trägt zur Verbreiterung der Trägerschaft bei und bietet interessierten Persönlichkeiten die Möglichkeit, foraus nachhaltig zu unterstützen und zu fördern.

foraus.ch/mitglied-werden